

Der Landesvorstand der CDU Berlin hat am 21. März 2025 auf seiner Sitzung beschlossen:

Beschleunigte Anerkennung und Integration ausländischer Fachkräfte im Gesundheitswesen

Unser Gesundheitssystem steht vor einer beispiellosen Herausforderung. **Schon seit Jahren ist die Personalsituation im Berliner Gesundheitswesen sehr angespannt:** Der demografische Wandel und die steigende Lebenserwartung führen zu einem wachsenden Bedarf an medizinischen und Pflegeleistungen, den das bestehende System kaum decken kann. Zusätzlich besteht bereits jetzt **ein akuter Mangel an Pflegekräften und Ärzten**, der sich in den nächsten Jahren noch ausweiten wird. Denn während immer mehr Ärzte in Rente gehen, fehlt der nötige Nachwuchs, auch aufgrund langer Ausbildungszeiten und des strengen Numerus Clausus in der Medizin. Die Folge sind nicht nur **deutlich längere Wartezeiten auf Arzttermine**. Immer öfter müssen Kliniken **Operationen verschieben oder ganz absagen**, weil keine Fachkräfte zur Verfügung stehen. In der ambulanten und stationären Pflege werden immer öfter Angebote eingeschränkt.

Um die Versorgung der Berlinerinnen und Berliner sicher zu stellen, müssen wir also jetzt handeln. Experten sind sich einig, dass es ohne die gezielte Gewinnung ausländischer Fachkräfte nicht möglich sein wird, den Personalbedarf im Berliner Gesundheitswesen kurz- und mittelfristig zu decken.

Klar ist aber: **Um in Medizin und Pflege die besten internationalen Bewerber gewinnen zu können, müssen die Anerkennung von Qualifikationen und die Integration ausländischer Fachkräfte in Berlin erheblich beschleunigt und verbessert werden.** Wichtig ist, dass dabei sowohl die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung erhalten bleibt, als auch das Personal über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt.

Als CDU Berlin schlagen wir dazu folgende Maßnahmen vor:

1. Vereinfachung und Beschleunigung der Anerkennungsverfahren

Um die Anerkennung von Qualifikationen zu vereinfachen und zu beschleunigen, setzen wir uns vorrangig für **eine Digitalisierung des Antragsverfahrens** ein. Mit der Einführung einer **digitalen Plattform** wollen wir die Antragsbearbeitung standardisieren, Personalaufwände reduzieren und so für mehr Tempo sorgen. Nach dem Vorbild Bayerns sprechen wir uns für **die Zentralisierung von beschleunigten Anerkennungsverfahren („Fast Lane“)** aus, um die Verfahren schneller und zielgerichteter abzuwickeln zu können und die Attraktivität Berlins für die benötigten

Fachkräfte zu stärken. Um Anerkennungsverfahren zudem serviceorientierter und transparenter zu gestalten, fordern wir **eine zeitnahe klare Kommunikation** insbesondere zwischen dem LaGeSo, den Antragstellern sowie den Arbeitgebern. Der Stand der Bearbeitung muss stets nachvollziehbar und überprüfbar sein.

2. Unterstützung bei der Vorbereitung von Prüfungen

Wir setzen uns dafür ein, ausländische Fachkräfte im Rahmen von **Vorbereitungskursen** besser auf die **Fachsprachen- sowie Kenntnisstandprüfungen** vorzubereiten. Die Einrichtung weiterer möglicher Unterstützungsangebote streben wir im Austausch und in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern nach Best-Practice-Beispielen an.

3. Nationale Vereinheitlichung und internationale Zusammenarbeit

Wir fordern die Bundesregierung auf, **bundesweit einheitliche Standards** für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Medizin und Pflege zu entwickeln. Bei der Anwerbung von Fachkräften setzen wir uns dafür ein, mit Partnerländern bei der Pflegeausbildung und der Anerkennung von Qualifikationen stärker als bisher zusammenzuarbeiten. Denn während in Deutschland Pflegepersonal fehlt, finden qualifizierte Fachkräfte im Ausland oft keine Arbeit.

4. Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen

Wir streben an, mit den großen Berliner Arbeitgebern mehr Werkswohnungen zu schaffen. Hierbei sind auch flexible Wohnformen stark nachgefragt. Wir wollen die Möglichkeit von Steuererleichterungen für Arbeitgeber prüfen, die Werkswohnungen für ihre Mitarbeiter bereitstellen. Damit könnte nicht nur der übrige Wohnungsmarkt entlastet, sondern auch Fachkräfte langfristig an Berlin gebunden werden.